

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 23 (1982)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Der Kommentar  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093767>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der Kommentar

## Falkland- Dimensionen

Im Disput mit Grossbritannien über die Falkland-Inseln hat Argentinien zu gewaltsamen Kriegshandlungen Zuflucht genommen. Das ist eine schwerwiegende Infragestellung eines der wichtigsten Grundsätze der Uno-Charta: Differenzen sollen friedlich beigelegt werden.

### Recht

Die Charta bestimmt in Art. 2, Abs. 3: «Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.» Der folgende Abs. 4 verlangt zudem: «Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.»

Dass Argentinien die Uno-Charta verletzt hat, ist vom Sicherheitsrat am 3. April bestätigt worden. Mit 10 Stimmen gegen 1 (Panama) und bei 4 Enthaltungen (Sowjetunion, Polen, China und Spanien) hat er eine Resolution genehmigt, die einen Friedensbruch feststellt, die Einstellung der Feindseligkeiten und den Rückzug der argentinischen Truppen verlangt und die Regierungen von Argentinien und Grossbritannien zu Verhandlungen verpflichtet.

Solche Verhandlungen wurden seit etwa 15 Jahren geführt. Noch im Februar dieses Jahres fand eine Zusammenkunft zwischen argentinischen und britischen Ministern in New York statt; im Abschluss-Communiqué wurde festgehalten, die Gespräche seien «freundschaftlich und positiv» verlaufen, und beide Parteien hätten «ihre Entschlossenheit betont, eine Lösung des Souveränitätskonfliktes zu finden».

Unmittelbar vor der Besetzung der Falkland-Inseln durch Argentinien bot die britische Regierung die Entsendung eines Vertreters nach Buenos Aires zu weiteren Gesprächen an; der Uno-Generalsekretär appellierte an beide Länder, nur friedliche Mittel zur Lösung der Differenzen anzuwenden; der Vorsitzende des Sicherheitsrates ersuchte am 1. April die Parteien, keine Gewalt einzusetzen.

### Geschichte

Obwohl es in der gegenwärtigen Lage in erster Linie darum geht, der Uno-Charta und damit der Herrschaft des Rechts Nachachtung zu verschaffen, was immer die rechtlichen Ansprüche von Grossbritannien und Argentinien sein mögen, spielt die Souveränitätsfrage doch auch eine Rolle.

Die Inseln, von den Briten 1592 entdeckt und 1765 beansprucht, wurden dazwischen sowohl von Briten als auch von Franzosen besiedelt. Dann machte Spanien seine Rechte geltend und warf (nachdem sich die Franzosen zurückgezogen hatten) 1770 die Briten heraus. Als sich die «Vereinigten Provinzen von Rio de la Plata» (das nachmalige Argentinien) von Spanien lösten, beanspruchten sie das Erbe aller spanischen Rechte und besetzten die Inseln 1829. Zwei Jahre später vertrieben die Amerikaner die Argentinier wegen Piraterie und erklärten die Inseln als herrenlos. Bereits 1833 wurden sie erneut von den Engländern besetzt, die ihren Anspruch ebensowenig wie die Argentinier aufgegeben haben.

Seither standen die Inseln jedoch in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ohne Einwand Spaniens in britischem Besitz, und die Herrschaft ist tatsächlich und dauernd durch Grossbritannien ausgeübt worden. Das sichert völkerrechtlich einen Rechtstitel, dem Argentinien nichts Gleichwertiges gegenüberstellen kann.

Neben einem solchen historischen Rechtsanspruch gibt es ein zweites Prinzip der Uno-Charta, das ebenfalls zu berücksichtigen ist: das Recht auf Selbstbestimmung der knapp 2000 Einwohner. Deren Meinung ist um so mehr zu berücksichtigen, als Familien zum Teil seit mehreren Generationen auf den Falkland-Inseln ansässig sind. Allerdings ist dieses Selbstbestimmungsrecht nicht als absolut aufzufassen: es kann und darf einer gütlichen Verständigung nicht im Wege stehen.

Grossbritannien hat wiederholt erklärt, dass es das Selbstbestimmungsrecht der Falkland-Bewohner achte. Diese haben sich mehrfach mehrheitlich für den Verbleib unter britischer Herrschaft ausgesprochen.

Das argentinische Vorgehen ist mithin widerrechtlich. Es ist überdies politisch unklug. Buenos Aires begibt sich damit in eine gefährliche Isolation. Im Falle einer militärischen Rückeroberung der Falkland-Inseln durch Grossbritannien könnte sich Argentinien nicht auf den «Akt von Chapultepec» von 1945 oder auf den Rio-Pakt von 1947 berufen; beide sahen vor, dass ein Angriff auf irgendein Land der Hemisphäre als Angriff auf ganz Amerika betrachtet werde und so automatisch eine amerikanische Solidarität auslösen müsse. Der völkerrechtlich bindende Rio-Pakt hatte eine primäre Kriegshandlung gegen einen amerikanischen Staat im Visier, nicht aber die Verteidigungsmassnahme eines von einem amerikanischen Staat angegriffenen Drittstaates. Und Art. 51 der Uno-Charta sagt aus, dass ein Angegriffener das volle Recht auf Selbstverteidigung behält, bis der Sicherheitsrat die notwendigen Massnahmen getroffen hat.

Die militärische Aktion des argentinischen Präsidenten, der damit von innenpolitischen Problemen ablenken wollte, könnte gefährliche Folgen zeitigen und eine beträchtliche Schwächung des Westens bewirken.

Grossbritannien kann und darf der Gewaltanwendung nicht weichen, weil sonst ein Präzedenzfall geschaffen würde, dessen Konsequenzen kaum abzusehen sind. Die Vereinigten Staaten können keinen andern Weg wählen, als das Völkerrecht zu stützen; sie müssen also auf der

Seite Grossbritanniens stehen. Das gleiche gilt für Westeuropa.

### Supermacht

Die Sowjetunion hat kein Interesse an einer raschen Beilegung des Konfliktes. Dieser bindet britische Marinekräfte, die jetzt im Nordatlantik fehlen und den sowjetischen Flotteneinheiten freien Raum gewähren.

Aber das ist nicht alles. Die Sowjetunion fasst Argentinien als neuen Hebel für ihre Machtpolitik ins Auge. Wirtschaftlich ist sie schon da. Argentinien liefert der Sowjetunion z. B. Weizen (damit hat es 1980 den US-Boycott wegen Afghanistan torpediert) und kriegt dafür von ihr Uran-Erz; die beidseitigen Handelsbeziehungen sind in vollem Ausbau.

Wirtschaftlich klappt es zwischen der argentinischen «Rechtsdiktatur» und der UdSSR schon lange bestens (auch wenn es die protestierende Linke im Westen bis anhin nicht merken wollte). Nun kommen andere Elemente hinzu: Bereits soll der militärische Informationsdienst der Sowjets den Argentinern zur Aufklärung über britische Feindbewegungen zur Verfügung stehen. Und weiter zeichnen sich die Motive einer offenen politischen Unterstützung ab nach dem Motto «Kampf dem britischen Kolonialismus». (Es wird übrigens in diesem Fall interessant zu beobachten sein, wer alles im Westen die Protestwürdigkeit der argentinischen Zustände verstanden wird.)

Hatte Argentinien das sowjetische Wohlwollen schon einkalkuliert, als es die Falkland-Inseln besetzte?

Wenn ja, erhält der Konflikt die gleiche sowjetische Dimension, die sich schon bei so vielen vermeintlich regionalen Konflikten nachträglich als dominant herausstellte.

Wenn nein, besteht noch immer Hoffnung auf eine Verhandlungslösung nach Abzug der argentinischen Truppen auf der Basis einer Selbstregierung der Falkland-Bewohner unter einem britisch-argentinischen Konsortium. *Peter Sager*

## In Kürze

30 000 Tonnen Fleisch, die die Sowjetunion im Januar nach Polen geschickt hatte, wurden von den polnischen Kontrollinstanzen als ungeniessbar qualifiziert: das Fleisch erwies sich als verdorben.

\*

Am 17. Februar erfolgte in Moskau in der unlängst erbauten Untergrundbahn-Station «Aviamotornaja» während der abendlichen Stosszeit eine Katastrophe. Gemäss Mitteilung von Augenzeugen riss eine Rolltreppe — offenbar wegen Ueberlastung, so dass mehrere hundert Menschen in den weiter drehenden Mechanismus stürzten. Dutzende wurden getötet, über hundert verstümmelt. All das geschah vor den Augen der U-Bahn-Passagiere auf der parallelen Rolltreppe und löste dort eine Panik aus, die zusätzliche Opfer forderte: mehrere Personen kamen im Gedränge ums Leben. ■